Stadt Alfeld (Leine)
- Der Bürgermeister -

Amt: A
AZ.: A 1

Alfeld (Leine), den 20.08.2015/M

Vorlage Nr.: 495/XVII

Informationsvorlage: ☐
Beschlussvorlage: ☒

B e r a t u n g in

öffentlicher Sitzung: ☒
nichtöffentl. Sitzung: ☐

Gleichstellungsbeauftragte:

beteiligt: ☒
nicht beteiligt: ☐

Vorlage für	**am:**	**erneut am:**
Verwaltungsausschuss	07.09.2015	
Rat	09.09.2015	

Region Leinebergland

I. Regionalmanagement:

1. Einleitung

In der Förderperiode 2007 bis 2013 hat sich die Region Leinebergland als ein wesentliches stabilisierendes Element zwischen den beteiligten acht Kommunen, die in zwei Landkreisen angesiedelt sind, erwiesen. Das Gesamtvolumen der umgesetzten Projekte belief sich auf rd. 5 Mio. Euro; hiervon flossen 1,6 Mio. Euro LEADER-Mittel zu.

Aufgrund der besonderen Rahmenbedingungen der EU-Förderung war die Kernstadt der Stadt Alfeld (Leine) aufgrund des Umstandes, dass sie mehr als 10.000 Einwohner aufweist, nicht Bestandteil der Region. Dennoch wurden im Rahmen der Förderperiode auch in Alfeld geförderte öffentliche und private Vorhaben mit LEADER-Mitteln unterstützt. Auf kommunaler Ebene hat die Stadt Alfeld (Leine) bei der Neuerrichtung der Leinebrücke in Wettensen vom LEADER-Prozess in einer Größenordnung von über 100.000 € profitiert.

Neben den finanziellen Aspekten hat sich der Regionalgedanke, das WIR-Gefühl, über die Arbeit der LAG, unterstützt durchs Regionalmanagement, durch die Projekte ganz erheblich verstärkt. Die beteiligten Regionskommunen sind Stück für Stück weg vom Kirchturmdenken hin zu einer gemeinschaftlichen Betrachtung der Region gekommen. Ohne diese Entwicklung wären unabhängig des Ergebnisses, Gespräche über Fusionen in der Region so nicht möglich gewesen.

2. Förderkulissen / Förderprojekte und Daseinsvorsorge

Gemäß §5 Abs. 1 Nr. 1 der Niedersächsischen Kommunalverfassung gehören zum eigenen Wirkungskreis der Kommunen alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft. Diese klassische Definition der Daseinsvorsorge beinhaltet die Verpflichtung der kommunalen Verwaltung insbesondere im Bereich von kommunalen Vorhaben oder von kommunalen Entwicklungsstrategien, die gesamte europäische, bundesdeutsche und niedersächsische Förderkulisse zu durchleuchten und entsprechende Fördermöglichkeiten zu identifizieren, sie zu beantragen und in den Projektablauf einzusteuern.

Die Kenntnis um die vorhandenen Förderkulissen, das Identifizieren von Fördermöglichkeiten, das Beantragen und das Umsetzen sind pflichtige Aufgaben der Kommunen, da sie zur sparsamen Wirtschaftsführung verpflichtet sind. Dies gilt insofern auch für Maßnahmen und Projekte, die selbst nur in dem freiwilligen Bereich des eigenen Wirkungskreises zuzuordnen sind.

Sofern sich pflichtige Fragen der Daseinsvorsorge inhaltlich und tatsächlich gleich für die Kommunen stellen, sind sie wiederum aus dem Gedanken einer wirtschaftlichen Haushaltsführung verpflichtet, zuerst einmal untereinander zu agieren, um die Aufgabenerfüllung sicherzustellen. Das bekannteste Steuerungselement hierfür sind die kommunalen Verträge über eine interkommunale Zusammenarbeit.

Ist die Aufgabenerfüllung selbst aufgrund der Komplexität oder der Leistungsfähigkeit der einzelnen Verwaltungen im Rahmen einer interkommunalen Zusammenarbeit nicht möglich, so besteht gem. § 5 Abs. die Möglichkeit, entsprechende Aufgaben unter Berücksichtigung der öffentlichen Wohles auf die nächsthöhere Verwaltungseinheit, hier die Landkreise, zu übertragen. Klassisches Steuerungselement ist hier u.a. die Gründung eines Zweckverbandes.

Wenn die Kenntnis, die Identifizierung, die Beantragung und die Umsetzung von Fördermöglichkeiten für kommunale Projekte Kernbestandteil der Daseinsvorsorge ist, so kann festgestellt werden, dass die Kommunen der Region Leinebergland, allein aufgrund ihrer Verwaltungsgröße und der übrigen Aufgabenerledigung nicht in der Lage sind, für sich alleine zu agieren. Der Landkreis Hildesheim selbst bietet in dem Segment EU sowie Bundes- und Landesförderung ebenso keine gebündelte Kompetenz an. Das Amt für regionale Landesentwicklung Leine-Weser hält entsprechende Kompetenz vor, wird aber nur auf Aufforderung tätig und kann somit nicht das „tägliche Geschäft" in den Kommunen ersetzend erledigen.

Im Rahmen der Förderperiode 2007 bis 2014 hat das Regionalmanagement für die Regionskommunen bezogen auf die EU-Förderkulissen durch Begleitung des Landesamtes die Aufgabenerfüllung sichergestellt. Als „Abfallprodukt" wurde aufgrund der engen Zusammenarbeit zwischen Regionalmanagement und Landesamt dafür Sorge getragen, dass Informationen über anderen Bundes- und Landesförderkulissen schnell und kompetent über das bestehende Netzwerk in die Verwaltungen der Mitgliedskommunen der Region Leinebergland gelangten. Hierdurch war es den Kommunen selbst möglich, eine nicht unerhebliche Anzahl von Nicht-EU-förderungsfähigen Projekten durch andere Förderkulissen dennoch zu ermöglichen.

Durch den Umstand, dass die Region Leinebergland für die Förderperiode 2014 bis 2021 im Bereich der LEADER-Förderung nicht zum Zuge gekommen ist, wären die Mitgliedskommunen, um ihren pflichtigen Aufgabenanspruch erfüllen zu können, verpflichtet, insbesondere bei EU-Fördermöglichkeiten eigene Kompetenzen in den Verwaltungen aufzubauen. Eine solche Aufgabenerfüllung wäre nur durch kompetent geschultes und qualifiziertes Personal möglich. Dies würde gezwungener Maßen zu einer Ausweitung der Personalkosten für jede einzelne Kommune führen.

Mithin bleibt festzustellen, dass in diesem Bereich der Aufgabenerfüllung sämtliche Kommunen der Region Leinebergland mit der gleichen Problemstellung konfrontiert sind. Da weder der Landkreis Hildesheim, noch das Amt für regionale Landesentwicklung entsprechende unmittelbare Kompetenzen vorhalten, ist es mehr als sinnvoll -vielleicht sogar verpflichtend-, unter dem Gesichtspunkt der wirtschaftlichen Haushaltsführung eine gemeinsame Aufgabenerfüllung im Rahmen eines Vertrages über interkommunale Zusammenarbeit anzustreben.

3. LEADER-Förderperiode 2022 bis 2029

Eine der wesentlichen Herausforderungen für die Kommunen der Region Leinebergland war, ist und wird in Zukunft der demografische Wandel bleiben. Unabhängig, welcher Bevölkerungsentwicklungsprognose man Glauben schenken mag, so stimmen aber alle darin überein, dass der südniedersächsische Raum, zu dem wir uns zugehörig fühlen, bis zum Jahre 2030/31 zwischen 15 und 20% der jetzigen Bevölkerung verlieren wird.

Dieser flächendeckenden Herausforderung kann -und dies hat die vergangene Förderperiode gezeigt- man nur gemeinsam begegnen. Es ist naheliegend, dass sich die Kommunen der Region Leinebergland grundsätzlich mit dem Thema beschäftigen müssen, für die kommende Förderperiode wieder am LEADER-Auswahlprozess teilzunehmen. Der aktuell drohende Verlust eines Regionalmanagements führt aber dazu, dass vorhandene Netzwerke und Strukturen gekappt werden würden. Das gewachsene WIR-Gefühl könnte zumindest in der bisherigen Intensität nicht weiter strukturell gestärkt werden.

Durch den Wegfall eine Regionalmanagements müsste man mithin, um in der kommenden Förderperiode wieder an den Start zu gehen, ca. eineinhalb Jahre vor Beginn der Förderperiode 2022 bis 2029 die jetzt noch vorhandenen Strukturen neu aufbauen, um überhaupt mit einer einigermaßen Erfolgsaussicht in das Rennen zu gehen.

Berücksichtigt man darüber hinaus den Umstand, dass die laufende Förderperiode bereits eineinhalb Jahre alt ist, man eineinhalb Jahre vor Beginn der neuen wieder antreten müsste, so liegt es auf der Hand, die vorhandenen Strukturen und das entsprechende Netzwerk weiterhin aufrecht zu erhalten und wenn möglich, auszubauen.

Darüber hinaus gilt es zu berücksichtigen, dass wenn die acht Regionskommunen in der Lage sind, weiter in dem benannten Sinne interkommunal zusammenzuarbeiten, sie mithin mit einer Stimme nach außen sprechen könnten, ein größeres politisches Gewicht erzeugt wird, als wenn die Kommunen sich wie in der Vergangenheit wieder als Einzelkämpfer positionieren müssten.

4. Zusammenfassung

Die Verwaltungen der Kommunen der Region Leinebergland kommen zu dem Ergebnis, dass es zur Aufgabenerfüllung der Daseinsvorsorge, zur Aufrechterhaltung der Regionsidentität, zur Wahrung des politischen Gewichtes und zur Sicherstellung der Fähigkeit, sich für die nächste Förderperiode mit ausreichend Erfolgsaussichten auf den Weg zu machen, unabdingbar ist, ein Regionalmanagement bezogen auf das Territorium der Region Leinebergland zumindest bis zum Beginn der neuen Förderperiode sicherzustellen.

II. Ausgestaltung und Aufgaben:

1. Tätigkeiten der interkommunalen Zusammenarbeit

Bei durchzuführenden Maßnahmen innerhalb der Kommunen sind die Verwaltungseinheiten aufgrund der Bandbreite der Förderungsmöglichkeiten im Europäischen, Bundes- oder Landeskontext kaum in der Lage, passgenau für die anstehenden Maßnahmen Förderungsmöglichkeiten zu ermitteln. Sofern Vorinformationen vorliegen, wird erheblicher Verwaltungskraft im Rahmen der Ermittlung, der Antragstellung und der Abwicklung gebunden. Teilweise wird diese Aufgabe kostenpflichtig Dritten übertragen.

Der Schwerpunkt der interkommunalen Zusammenarbeit in diesem Bereich muss also darauf beruhen, dass sich ein/e Regionalmanager/in zum Einen dezidierten Überblick über den „Förderungsdschungel" verschafft und diese Ergebnisse in die Verwaltungen der Regionskommunen spiegelt. Darüber hinaus muss die/der Regionalmanager/in in der Lage sein, auf spezielle Anfragen aus den Kommunen projektbezogen passgenaue Förderungsmöglichkeiten zu ermitteln, die Kommunen im Rahmen der Vorhaben aktiv zu beraten und bei Antragstellung zu unterstützen.

2. Netzwerk, Regionsbewusstsein

Ein wesentlicher Bestandteil der erfolgreichen Arbeit der Region Leinebergland in der vergangenen Förderperiode bestand darin, dass durch die regionalspezifischen Maßnahmen und durch die Bildung des Netzwerkes das WIR-Gefühl als Leinebergländer/innen gestärkt worden ist.

Die/der Regionalmanager/in muss dafür Sorge tragen, dass dieses WIR-Gefühl erhalten und gestärkt wird. Ein nicht unwesentlicher Bereich ihrer/seiner Aufgaben in diesem Segment wird darin bestehen, das bestehende Netzwerk in der Region zu erhalten. Identitätsstiftende Maßnahmen wie zum Beispiel die regelmäßige Ausrichtung eines Regionsfestes mit Hilfe der Regionskommunen zu realisieren, zu planen und durchzuführen. Darüber hinaus hat sie/er die Verpflichtung, auf Ansprache hin, Vereine, Verbände oder sonstige Organisationen sowie private Dritte bei konkreten Maßnahmen über Förderungsmöglichkeiten aus den EU-, den Bundes- oder den Landestöpfen zu informieren.

2.1 Regionsverein

Im Rahmen der vergangenen Förderperiode war ein nicht unerhebliches Element der Stärkung des WIR-Gefühls der Umstand, dass eine lokale Aktionsgruppe quasi als Parlament der Region pflichtig zu gründen gewesen ist.

Bei Fortführung des Regionalmanagements ohne die LEADER-Mittel fehlt eine solche Struktur per se. Es stellt sich daher die Frage, ob nicht ein weiteres WIR-Gefühl stärkendes Element die Gründung eines Regionsvereines sein könnte. Ein solcher Verein würde im Schwerpunkt zwei Aufgaben zu erfüllen haben. Zum Einen wäre er für den Regionsgedanken Multiplikator. Dies kann nur dadurch erreicht werden, dass der Verein in regelmäßigen Abständen durch die/den Regionalmanager/in über laufende Maßnahmen, Projekte und Entwicklungen informiert.

Zum Anderen wäre ein solcher Verein, insbesondere dann, wenn er im Vereinsregister als e.V. eingetragen wäre, auch in der Lage, im Rahmen von Crowdfunding Spendengelder zur Unterstützung des Regionalmanagements und entsprechender Projekte einwerben zu können.

Sollte sich ein solcher Verein gründen lassen, wäre es eine Aufgabe der/des Regionalmanagerin/-managers, ihn aktiv unterstützend zu begleiten.

3. Kommunikation und Zusammenarbeit mit anderen Landes- und Bundesbehörden

Durch die veränderte Struktur im Lande Niedersachsen insbesondere durch den Wegfall der Landesvertretung und der Etablierung der Landesämter für regionale Entwicklung müssten die Kommunen selbst, um von Informationen nicht abgeschnitten zu werden, jeweils allein Verwaltungskraft binden, um eine Kommunikationsschnittstelle zum Landesamt in Hildesheim zu bilden. Auch hier wäre die/der Regionalmanager/in in der Lage, diese Aufgabe für die Kommunen in Gänze zu übernehmen und diese sodann persönlich oder zum Beispiel in Newsletter-Form über entsprechende Entwicklungen auf der Landesebene zu informieren.

3.1 Förderperiode 2021 - 2029

Die Hauptverwaltungsbeamten der Regionskommunen sind sich darüber einig, dass es aufgrund der positiven Erfahrungen in der Vergangenheit mehr als sinnvoll ist, sich dezidiert auf die Förderperiode 2021 bis 2029 vorzubereiten.

Durch die Sicherstellung der Kommunikation mit dem Landesamt wäre eine weitere wichtige Aufgabe der/des Regionalmanagerin/-managers das Antragsverfahren für die Kommunen vorzubereiten, zu organisieren und durchzuführen, um dann einen entsprechenden ausgereiften und die Bedingungen erfüllenden Antrag mit den Kommunen zusammenstellen zu können.

4. Zusammenfassung

Im Rahmen des dargelegten Drei-Säulen-Models:

Säule 1:	Interkommunale Zusammenarbeit
Säule 2:	Aufrechterhaltung und Stärkung des Regionalgedankens
Säule 3:	Sicherstellung eines ordnungsgemäßen Antragsverfahrens für die Förderperiode 2021 bis 2029

kann aus Sicht der Hauptverwaltungsbeamten der Regionsgemeinden sichergestellt werden, dass die Aufgabenerfüllung der Akquirierung von Fördermitteln dem gesetzlichen Rahmen entsprechend erfüllt wird. Bei Bündelung der Aufgabenerfüllung an einer Stelle ist bei den Personalkosten, die jede Kommune sonst für sich selbst zur Aufgabenerfüllung bereitstellen müsste, Einspareffekte zu erwarten. Der in der letzten Förderperiode positiv entwickelte Regionalgedanke kann erhalten werden. Durch kontinuierliche Informationen und gründliche Vorbereitung ist sichergestellt, dass das Antragsverfahren für die kommende Förderperiode ordnungsgemäß bearbeitet wird. Der Informationsfluss in die Kommunen hinein wäre bis dahin sichergestellt.

III Weiteres Vorgehen und Kosten

1. Weiteres Vorgehen

Im Rahmen von 2 Workshops im August 2015 haben die Hauptverwaltungsbeamten mit ihren Fachmitarbeitern eine Schwerpunktbildung der Aufgaben eines zukünftigen Regionalmanagementes erarbeitet. Hierzu verweise ich auf den in Anlage beigefügten ausführlichen Presseartikel der Alfelder Zeitung vom 19.08.2015.

Die Verwaltungen sind übereingekommen, zur Fortführung der Region und des Regionalmanagementes einen Trägerverein gründen zu wollen. Dieser Trägerverein soll nicht nur den Kommunen, sondern sämtlichen lokalen Akteuren in der Region zugänglich sein. Besonderes Augenmerk ruht hier auf den Dachverbänden von Handel, Gewerbe, und Industrie sowie auf Interessenvertretungen der Arbeitsnehmerschaft. Zweck des Vereines soll es sein, gemeinsam die Herausforderungen, die sich aus dem Bevölkerungsrückgang und dem demographischen Wandel ergeben, für die Region zu meistern, um den prognostizierten Bevölkerungsverlust zu mindern.

Der Regionsverein soll das zentrale Steuerungselement sein. Er würde aus Sicht der Verwaltungen zukünftig Personal- und Sachkostenträger des Regionalmanagementes sein. Nachvollziehbarer Weise konnte in der Kürze der Zeit noch keine abschließende Vereinssatzung im Entwurf erarbeitet werden. Gleiches gilt auch für eine Geschäftsordnung.

Es ist geplant, bis Mitte Oktober in Arbeitsgruppen eine Satzung und eine Geschäftsordnung zu erarbeiten. Die Geschäftsordnung soll dann die notwendigen Sach- und Personalressourcen und deren Finanzierung definieren. Die Gründung eines Vereines kommt ausdrücklich erst dann in Betracht, wenn die Räte ihre Zustimmung hierzu er

teilt haben. Zielsetzung ist, eine Beschlussfassung in den Dezembersitzungen der Räte herbeizuführen.

Um keine unnötige Arbeitskraft zu binden, ist es indes erforderlich, dass die Räte der Region Leinebergland schon jetzt grundsätzlich ihre Bereitschaft, auch unter dem nachfolgend aufgestellten Kostenrahmen erklären, dass eine Fortführung der Region Leinebergland und des Regionalmanagementes gewollt wird.

2. Kosten

Da das Regionalbüro flächendeckend Aufgaben über das gesamte Gebiet der Regionskommunen erfüllt, bietet sich als Quotierungsmaßstab zur Kostenverteilung der Ansatz Einwohnerzahl pro Kopf an.

Sofern die Stadt Alfeld (Leine) mit ihrer Kernstadt, was bisher in der vergangenen Förderperiode nicht der Fall war, in den Quotienten mit einberechnet wird, ergibt sich unter Berücksichtigung der Aussage des Landesamtes für Statistik unter Zugrundelegung der dort angegebenen Bevölkerungszahlen zum 31.12.2013 folgende Einwohnerwerte:

Delligsen	7.958
Duingen	5.047
Elze	8.838
Freden	4.792
Gronau	13.502
Lamspringe	5.707
Sibbesse	6.066
Alfeld (Leine)	18.974

Gesamt	67.903

Je nachdem, wie das Regionalmanagement personaltechnisch ausgestattet ist und welche Infrastrukturkosten anfallen, ergäbe sich unter Berücksichtigung der bisherigen Kosten des Regionalmanagementes im Verhältnis der Einwohnerwerte eine Spannbreite von knapp 1,-- € bis hin zu 1.20 € pro Kopf Einwohner.

Für die Stadt Alfeld (Leine) würde dies eine Haushaltsbelastung pro Jahr in Größenordnungen von **18.974,-- €** bis hin zu **23.768,80 €** ergeben.

3. Zuschussmöglichkeiten

Im Rahmen der mit dem Ministerpräsidenten des Landes Niedersachsens, Herrn Stephan Weil, geführten Gespräche, hat dieser verdeutlicht, dass aus Landesmitteln kein unmittelbarer Zuschuss gewährt werden kann. In Absprache mit der Regionalbeauftragten, Frau Beckmann, wurde aber von dort aus zugesichert, dass bei Fortführung des Regionalmanagements das Landesamt der/dem Regionalmanager/in einen unmittelbaren Ansprechpartner zur Verfügung stellt. In diesem Bereich sollen unmittelbar Beratungen und Unterstützungen für mögliche Antragstellungen in den Bereichen der Daseinsvorsorge wie ÖPNV und Gesundheitsversorgung erfolgen.

Der Landkreis Hildesheim und der Landkreis Holzminden haben signalisiert, dass sie bei Fortführung des Regionalmanagements auf Antragstellung die Möglichkeit sehen würden –vorbehaltlich der Genehmigung der politischen Gremien- das Regional-

management finanziell zu unterstützen. Je nach entsprechender Größenordnung würden sich daher unter Bezugnahme auf den dargelegten Pro-Kopf-Quotienten die Kosten für die einzelnen Kommunen zur Unterstützung des Regionalmanagements entsprechend vermindern.

Daher wird es Aufgabe einer/eines Regionalmanagerin/-managers zum Beginn der Aufnahme der Tätigkeit auch sein, mit den Kommunen zusammen entsprechende Anträge bei den beiden Landkreisen zu stellen.

Beschlussempfehlung für den Rat der Stadt Alfeld (Leine):

„Der Rat der Stadt Alfeld (Leine) spricht sich unter Berücksichtigung des Inhaltes dieser Vorlage, insbesondere des benannten Kostenrahmens dafür aus, zumindest bis zum Ende der aktuellen EU-Förderperiode, die Region Leinebergland und das Regionalmanagement fortzuführen."

Persönliche Ausgabe für - Stadtverwaltung

Die Inhalte sind urheberrechtlich geschützt. Eine Weitergabe an unberechtigte Dritte ist untersagt.

„Alfeld in Flammen": Badbesuch endet Sonnabend früher

Alfeld. Wegen der Veranstaltung „Alfeld in Flammen" schließen Bad und Sauna des „7 Berge Bades" am Sonnabend, 22. August, bereits um 18 Uhr. Besucher werden gebeten, das Gebäude rechtzeitig zu verlassen, denn Einlass für die Abendveranstaltung ist ab 18 Uhr über das Tor an der Sommerkasse. Eintrittskarten für „Alfeld in Flammen" gibt es nur an der Abendkasse. Außer auf dem Parkplatz des Bades können Besucher auch auf dem Hartplatz am Schützenhaus parken. Die Badleitung weist außerdem darauf hin, dass es bereits am Freitagnachmittag zu Einschränkungen auf der Liegewiese kommen kann, weil die Schausteller ab etwa 17 Uhr mit dem Aufbau beginnen. Am Sonntag, 23. August, öffnet das Bad wie gewohnt um 9 Uhr. *AZ*

Neue Programmhefte der Senioren-Akademie liegen aus

Alfeld. Die neuen Programmhefte der Senioren-Akademie-Alfeld liegen ab sofort im Bürgeramt Alfeld, im Mehrgenerationen-Treff, in den Sparkassen in Alfeld (Zentrale Burgfreiheit und Zweigstelle Nord) sowie in Duingen, Eime, Elze, Freden, Gronau und Sibbesse aus. Auch in den Volksbanken in Alfeld, Delligsen, Gronau, Grünenplan, Sehlem, der Landessparkasse in Delligsen, im Altenheim St. Elisabeth und in der Park Residenz gibt es die neuen Programmhefte. *AZ*

Lesung im Alfelder Gewölbekeller

Alfeld. Brunhilde Heinrich und Wolfgang Nieschalk, Mitglieder der Senioren-Akademie Alfeld, erzählen am Dienstag, 1. September, aus dem Leben von Heinrich Spoerl. Spoerl hat neben vielen anderen Geschichten die „Feuerzangenbowle" und den „Maulkorb" geschrieben. Die öffentliche Veranstaltung beginnt um 18 Uhr im Gewölbekeller gegenüber der St.-Nicolai-Kirche und wird später in der „Kleinen Kneipe" fortgesetzt. Dort lesen dann die „Schreibfreunde" der Senioren-Akademie aus ihren Arbeiten. Kleine Speisen und Getränke werden angeboten, der Eintritt ist frei. *AZ*

Naturfreunde grillen für die Tschernobylkinder

Alfeld. Die Naturfreunde kündigen für Montag, 24. August, 16 Uhr, ein Grillen für die Tschernobylkinder an der Schlehberghütte an. Gegen 19 Uhr beginnt die Vorbesprechung für die Ferienpass-Aktion. *AZ*

Das Wetter vor einem Jahr

Früh 11,3 Grad, vormittags noch vereinzelt sonnig, sonst mäßige bis starke Schauer, abends leichter Regen, bis 17,7 Grad.

Fragen zum Vertrieb?

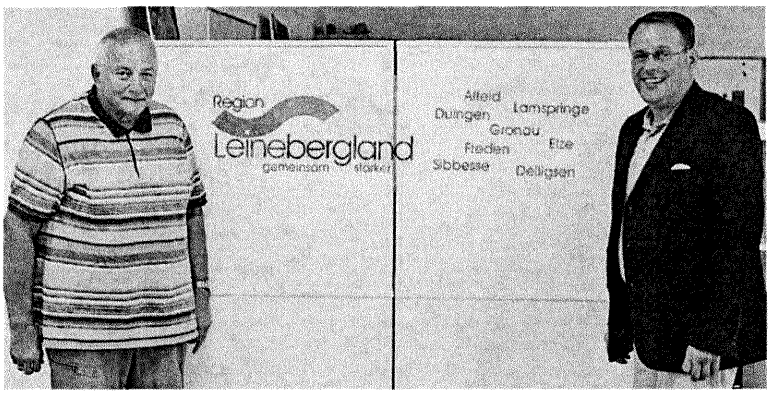
Gab es ein Problem mit der Zustellung Ihrer AZ?
Dann melden Sie sich bitte unter einer dieser Telefonnummern:
- (0 51 81) 80 02 51
- (0 51 81) 80 02 52

Unsere Mitarbeiter helfen Ihnen gerne weiter.

„Wir wollen eine Region managen"

Geld und ein Verein sind notwendig / Kommunen entscheiden im Oktober / „Date your Job" ist ein mögliches Projekt

VON STEPHANIE MARSCHALL



Die Vorsitzenden der Region Helmut Wecke (links) und Bernd Beushausen wollen das Leinebergland zukunftsfähig machen. *Marschall*

Alfeld. Wie sieht die Zukunft der Region Leinebergland aus? Dieser Frage gehen seit Wochen die beteiligten acht Verwaltungen nach. Ein erstes Konzept steht inzwischen: weg von der Förderung kulturhistorischer Gebäude hin zum Erhalt einer Region und gegen den demografischen Wandel. Internet und medizinische Versorgung sind dabei zwei wichtige Ziele. Um das umzusetzen, soll ein Verein gegründet werden und die Kommunen müssten pro Einwohner eine Jahrespauschale von etwa 1,20 Euro aufbringen.

„Wir wollen eine Region managen, hat es mein Duinger Kollege Wolfgang Schulz vor kurzem auf den Punkt gebracht", fasste Alfelds Bürgermeister Bernd Beushausen gestern Nachmittag zusammen. Gemeinsam mit Helmut Wecke (Freden), der wie Beushausen Vorsitzender der Region ist, zeigte er einen neuen möglichen Weg für die Region Leinebergland (Alfeld, Freden, Lamspringe, Duingen, Delligsen, Elze, Gronau, Sibbesse) auf. Wie berichtet, hat die Region den Sprung in die nächste Leader-Förderperiode nicht geschafft.

Am vergangenen Mittwoch fand ein Workshop statt, am kommenden Freitag folgt der nächste. Dann geht es um die Frage, wie und wo das Regionalbüro künftig erhalten bleiben kann und um eine dafür notwendige Personalstruktur.

„Wir wollen uns den Herausforderungen des Bevölkerungsrückganges und des demografischen Wandels stellen und den Prozess verlangsamen. Stoppen können wir ihn nicht", sagte Beushausen. Die Vertreter der Kommunen sehen vor allem im Ausbau der Internetversorgung einen wichtigen Schritt. Nur so könnten die Orte im Leinebergland als Wohnstädte für die Menschen attraktiv bleiben.

Genauso wichtig sei die medizinische Versorgung im ländlichen Raum. Sowohl Wecke als auch Beushausen machten deutlich, dass die Kommunen alles daran setzen werden, beide Krankenhäuser in Alfeld und Gronau zu erhalten. Hier müsse Lobbyarbeit geleistet werden. Dasselbe gelte für die Wiederbesetzung der Praxen von niedergelassenen Ärzten, die aus Altersgründen aufhören. Hier sei Vorarbeit auch mit der Kassenärztlichen Vereinigung unverzichtbar.

Doch um das und mehr umzusetzen, fehlt eines: Geld. Darum muss weiterhin über das Regionalbüro nach Fördertöpfen gesucht werden. Die Kosten für das Büro und das Personal sollen von den Kommunen aufgebracht werden. Waren es bisher eine und eine dreiviertel Stelle, ist nun Nicole Rotering alleinige Ansprechpartnerin. Weitere Gelder und Spenden sollen durch einen Verein eingeworben werden, der gleichzeitig Träger des Büros sein könnte.

Der Leader-Region sei es in der Vergangenheit schwer gelungen, Bürger und die Industrie als strategische Partner zu gewinnen, bedauert Beushausen. Das soll sich nun ändern, denn die Region zu managen bedeute auch, alle zusammenzubringen, die dieselben Probleme haben. Sie könnten Vereinsmitglieder werden. Ein erstes gemeinsames Projekt von Region Leinebergland und Industrieverein Alfeld (IVA) könnte die Umsetzung von „Date your Job" sein.

Wie berichtet, handelt es sich dabei um eine smartphonetaugliche Plattform, die Jugendlichen bei der Ausbildungsplatzsuche hilft. Das Konzept hat die IVA-Vorsitzende Anke Hoefer seit Monaten fertig in der Schublade liegen. Es fehlt allerdings das Geld, rund 20 000 Euro, um es umzusetzen.

„Wir würden natürlich Mitglied in einem Regionsverein werden. Wenn wir das nicht unterstützen, dann wären unsere bisherigen Aussagen nur Lippenbekenntnisse", sagte Anke Hoefer auf Nachfrage der AZ.

Wie es nun weitergeht, wird sich im Oktober entscheiden. Dann stimmen die Räte der beteiligten Kommunen über eine finanzielle Beteiligung an der Region Leinebergland ab. Lamspringe und Freden haben schon grünes Licht signalisiert.

BAL sorgt sich um die Alfelder Haushaltslage

Fraktionschef Uwe Höltgebaum fordert die Fortführung des Haushaltssicherungskonzeptes und viel Augenmaß

Alfeld. In die Diskussion um die Alfelder Haushaltslage mischt sich jetzt auch die BAL-Ratsfraktion ein. In einem Schreiben an die AZ weist Fraktionschef Uwe Höltgebaum darauf hin, dass es allemal Anlass zur Sorge gebe. Die Lage sei angespannt, darum mahnt Höltgebaum dringend die Fortführung des Haushaltssicherungskonzeptes an.

Eine differenzierte Betrachtung der Haushaltslage sei dennoch unerlässlich. Richtig ist nach Auffassung der BAL-Ratsfraktion, dass unter dem Strich alle Schulden insgesamt ein schlechtes Ergebnis für Alfeld darstellen.

Aber dort seien im Bereich der langfristigen Verschuldung auch Investitionen aus den Gebührenhaushalten enthalten, die über die Gebührenzahlungen im Laufe der nächsten Jahre, wenn nicht sogar Jahrzehnte, wieder ausgeglichen werden müssen. Dazu zählt auch die Erneuerung der Kläranlage. Diese sieht die BAL als notwendig und Daseinsvorsorge an. Die dafür gewählte Finanzierung bewertet die Fraktion als die gerechteste Variante für die Bürger.

Die Variante, den Bereich der Kindergärten an den zuständigen Landkreis Hildeheim abzugeben, sei möglich, würde aber entsprechende Transferleistungen nach sich ziehen. Zu bedenken gibt die BAL, dass damit die Entscheidungskompetenz über Standorte, Ausgestaltung und das Vorhalten von entsprechenden Einrichtungen an die Kreisverwaltung falle. Das sei nicht im Sinne der BAL, sagt Höltgebaum.

Weitere Investitionen würden der Erhaltung der Infrastruktur an den Grundschulstandorten Bürgerschule und Dohnser Schule dienen. Teilweise gesetzliche Vorgaben (Inklusion) würden hier die Notwendigkeit ergeben, aber auch eine Anpassung an gesellschaftliche Veränderungen in den Familien würden die Erfordernisse aufzeigen.

Keinen Diskussionsbedarf sieht die BAL bei Investitionen in den Brandschutz.

Bei allen Entscheidungen für bereits umgesetzte oder noch geplante Investitionen lege die BAL einen strengen Maßstab an, der die dringende Notwendigkeit voraussetze. „Im Rahmen der Haushaltskonsolidierung hat die BAL bereits die höheren Belastungen für Vereine und Verbände mitgetragen, eben weil es dafür eine zwingende Notwendigkeit gab", heißt es in der Presseerklärung.

Die BAL fordert nun weitere Schritte der Haushaltskonsolidierung.

In diesem Zusammenhang kommen jetzt die Leistungsbereiche der Stadt in den Fokus der Betrachtungen. Dabei werde zu prüfen sein, welche Leistungen (beispielsweise der unteren Baubehörde oder Verkehrsbehörde) beibehalten werden oder, aufgrund von Einspareffekten ohne einen deutlichen Qualitätsverlust für die Alfelder Bürger, an den Landkreis Hildesheim abgegeben werden sollten.

Nach Auffassung der BAL-Ratsfraktion seien weitere, auch kleinere Einsparungen notwendig. Diese seien aber in der Vergangenheit an der SPD-Mehrheitsfraktion beziehungsweise der Gruppe aus SPD und Grünen gescheitert. So würden Anträge, die Aufwandsentschädigungen der Ratsmitglieder zu kürzen und auch die Fraktionskostenzuschüsse zu verändern beziehungsweise ganz aufzuheben, derzeit keine Mehrheit im Rat finden.

„Die Finanzsituation der Stadt gibt Anlass zur Sorge. Es gilt weiterhin und intensiv an einer Verbesserung der Haushaltslage zu arbeiten. Hier ist Augenmaß erforderlich. Mit Schönrechnerei, oder einem ‚weiter so', ist niemandem geholfen", so Höltgebaum. *AZ*

Erster Wahlkampftermin beim Industrieverein

CDU-Bürgermeisterkandidat Andreas Behrens spricht mit Anke Hoefer über die Notwendigkeit von Stadtmarketing

VON STEPHANIE MARSCHALL

Alfeld. Andreas Behrens will 2016 Bürgermeister in Alfeld werden. Dafür hat ihn der CDU-Stadtverband am 22. Juni zu seinem Kandidaten gewählt. Dass diese Wahl wiederholt werden muss, da sie laut niedersächsischem Kommunalwahlgesetz zu früh erfolgte (die AZ berichtete), hält den 42-Jährigen nicht davon ab, bereits jetzt mit seiner Wahlkampftour zu starten.

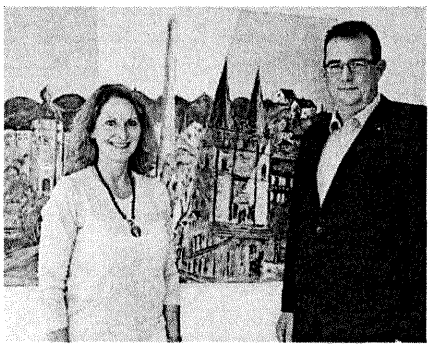
Gut 13 Monate vor der Kommunalwahl am 11. September traf er sich am Montagnachmittag zu seinem ersten Wahlkampftermin mit Anke Hoefer, Vorsitzende des Industrievereins Alfeld (IVA). Behrens zeigte sich beeindruckt vom Zuwachs des IVA in den vergangenen 18 Monaten. Immerhin hat sich die Zahl der Mitglieder des 100 Jahre bestehenden Vereins seit der Amtsübernahme durch Anke Hoefer (Geschäftsführerin von Top-Label) auf 60 Unternehmen fast verdoppelt. Insgesamt werden so die Interessen von etwa 6000 Arbeitnehmern vertreten.

„Das ist eine tolle Vernetzung für Alfeld und das Leinebergland", sagte Behrens. Er wünscht sich solche positiven Ergebnisse auch an anderen Stellen in der Stadt. „Die Leader-Region muss weiter zusammenarbeiten, damit wir in unserem Einzugsbereich nicht nach hinten runterfallen", betonte der Architekt.

Vor allem für das Alfelder Stadtmarketing will er etwas bewegen. „Das Stadtmarketing zu professionalisieren ist eines meiner politischen Ziele", kündigte Behrens im Gespräch mit Anke Hoefer an. Ehrenamtliches Engagement sei enorm wichtig, könne aber nicht alles abdecken, was in diesem Bereich notwendig sei. Hier sieht Behrens auch beim Forum Alfeld Aktiv (FAA) noch Potenzial, um Alfeld weiter voranzubringen.

Damit stieß der CDU-Bürgermeisterkandiat bei der IVA-Vorsitzenden auf offene Ohren. „Keinen Citymanager einzustellen, ist ein Sparschaden für die Zukunft", sagte Anke Hoefer.

Im Übrigen soll die Wahlwiederholung für den CDU-Bürgermeisterkandidaten zeitgleich mit der Ernennung der Kandidaten für die Räte im Februar 2016 erfolgen. „Wir wollen unseren Mitgliedern nicht zumuten, sich zwei Mal in kurzer Zeit zu einer Versammlung zusammenzufinden. Soviel ich weiß, bleibe ich auch der einzige CDU-Bürgermeisterkandidat für Alfeld", so Behrens.



Andreas Behrens will Bürgermeister in Alfeld werden. Zum Wahlkampfauftakt besucht er die Vorsitzende des Industrievereins Anke Hoefer. Er tauscht sich mit der Unternehmerin unter anderem über den Ausbau des Stadtmarketings für Alfeld aus. *Marschall*

Persönliche Ausgabe für - Stadtverwaltung

Die Inhalte sind urheberrechtlich geschützt. Eine Weitergabe an unberechtigte Dritte ist untersagt.